

Das AGen Plenum der Jusos Region Hannover möge folgende Resolution beschließen:

## **MigrantInnenquote in der SPD kritisch beleuchten - konkrete Förderprogramme erarbeiten**

Der SPD-Bundesvorstand plant für den Bundesparteitag Anfang Dezember 2011 die Einführung einer MigrantInnenquote von 15 % in allen Gremien. Ziel dabei soll sein, künftig mehr MigrantInnen in die Politik der SPD einzubeziehen und damit das integrationspolitische Profil der Partei zu stärken.

### **Problematik:**

Wie soll ein solcher Migrationshintergrund überhaupt überprüft werden? Menschen mit Migrationshintergrund werden durch diese Quote stigmatisiert – Parallelen zu anderen Zeiten, vor allem zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als jemand sich wegen seiner Herkunft besonders identifizieren musste, sind verheerend. Dadurch wird das Gegenteil dessen, was mit der Quote erreicht werden soll, erreicht.

Die Einführung einer MigrantInnenquote ist demnach aus unserer Sicht nicht das geeignete Mittel, die SPD für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiver zu machen. Sie wirkt vielmehr wie eine Reflexhandlung des Bundesvorstands auf die gesellschaftsübergreifende Ablehnungshaltung zur Entscheidung im Parteiausschlussverfahren gegen Thilo Sarrazin.

Welche Vorteile würde eine MigrantInnenquote in den SPD Gremien bringen? Soll sie für Menschen mit Migrationshintergrund neue Anreize in die SPD einzutreten schaffen? Oder soll sie die MigrantInnen mit Parteibuch, die zu recht aufgrund der oben genannten Entscheidung enttäuscht sind, von einem Parteiaustritt abhalten? Ihre Einführung wäre im Grunde nicht mehr als eine kosmetische Korrektur, eine oberflächliche Behandlung. Die offene Debatte über eine solche Quote führt zugleich vor Augen, dass die SPD scheinbar einen fairen Umgang mit ihren eigenen GenossInnen mit Migrationshintergrund nicht bewerkstelligen kann und suggeriert im Zweifel sogar die Kapitulation des Bundesvorstandes vor der Aufgabe eine rationale innerparteiische MigrantInnenförderung zu betreiben. Die

FES hat in ihrer Studie „Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ aufgezeigt, dass rund ein Drittel aller Genossinnen und Genossen ausländerfeindliche Tendenzen aufweisen. Der Akzeptanz von GenossInnen mit Migrationshintergrund wird bei dieser Gruppe durch die Einführung einer MigrantInnenquote gewiss kein Vorschub geleistet. Die Arbeit, MigrantInnen innerhalb der Partei zu fördern und ihnen den Rücken zu stärken muss an anderer Stelle erfolgen.

Derzeit haben rund 14% der GenossInnen einen Migrationshintergrund, womit der Anteil von MigrantInnen innerhalb der SPD um ca. 5% niedriger ist, als der Gesamtschnitt in der Bevölkerung. Dies zeigt die Versäumnisse der Partei auf diesem Gebiet besonders deutlich auf. Nur wenige MigrantInnen ziehen eine politische Partizipation an der SPD in Betracht. Das kann nicht zuletzt auch jeder selbst in seinen Ortsvereinen beobachten. Eine MigrantInnenquote allein kann nicht die Defizite der vergangenen Jahre, sogar Jahrzehnte, bereinigen. Ihr Effekt wäre nicht nachhaltig, sondern nur kurzzeitig spürbar.

Erst recht darf man nicht als Erfolgsbeispiel auf diesem Gebiet die Frauenquote heranziehen, da diese sich bereits in ihrer Natur gänzlich von der einer MigrantInnenquote unterscheidet.

Beide Personenkreise bedürfen einer völlig unterschiedlichen Förderung, damit ihre Möglichkeit der politischen Teilhabe verwirklicht werden kann. Bereits regional variiert die Anzahl der MigrantInnen häufig so stark, dass für die Besetzung eines Gremiums in Berlin mit entsprechenden KandidatInnen kaum Probleme entstehen dürften, dieses aber in Oberfranken genau der Fall sein könnte.

**Was wir fordern:**

Wir stehen für eine nachhaltige und faire Einbeziehung von MigrantInnen in die SPD, die in folgenden Maßnahmen besteht:

- Die SPD muss in ihrer Basis für einen fairen und offenen Umgang mit MigrantInnen werben und sich für ihre Förderung einsetzen.
- Die SPD muss sich offener in der Gesellschaft gegen Vorurteile und Rassismus gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund auflehnen und für ihre Rechte mit offenem Visier kämpfen. Dies gilt vor allem in ihren eigenen Reihen.
- Die SPD muss sich stärker in die Belange der MigrantInnenverbände einbringen und den Dialog aller Menschen in der Gesellschaft vorantreiben.
- Die SPD muss sich innerparteiisch ehrlicher mit dem Thema Integration auseinandersetzen. Das häufige Überlassen entsprechender Arbeitsgruppen in die Hände allein derjenigen, die aufgrund persönlicher Betroffenheit an diesen Inhalten mitwirken möchten, sendet falsche Signale in die Öffentlichkeit.

Damit der Kampf der SPD für die Belange der MigrantInnen nicht dazu führt, dass die Gesellschaft unsere Aussagen für leere Floskeln hält, muss ein beherzter und vor allem ernstgemeinter Kurswechsel erfolgen. Die MigrantInnenquote schafft nur neue Verunsicherungen und verfolgt kein klares Ziel.